



An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales und Senioren
Herrn Daniel Bauer-Dahm

An Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 05.07.2021

AN/1527/2021

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren	26.08.2021
Digitalisierungsausschuss	04.10.2021

Köln-Pass digitalisieren

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 26.08.2021 aufzunehmen:

Der Köln-Pass unterstützt viele Einwohner*innen der Stadt bei der Wahrung ihrer Teilhaberechte am gesellschaftlichen Leben. Allerdings ist der Pass in seiner jetzigen nicht digitalen Form in vielen Situationen umständlich und entspricht vor allem längst nicht mehr dem Stand der technischen Möglichkeiten. Eine Digitalisierung des Passes könnte sich mit den Bedürfnissen unterschiedlicher Zielgruppen besser decken: als optisch auslesbarer QR-Pass für mobile digitale Endgeräte oder als digital auslesbare Chipkarte für Nutzende, die aus verschiedenen Gründen kein solches Endgerät nutzen können oder wollen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine digitale Form des Köln-Passes zu entwickeln. Der Köln-Pass soll weiterhin auch in Papierform angeboten werden.

Begründung:

Ein digitalisierter Köln-Pass bietet viele Vorteile. So könnten auch andere Leistungen mitsamt ihren digitalen Angeboten in einen digitalisierten Köln-Pass integriert werden. So dürften sich der Kreis der Inhaber*innen des Köln-Passes und der der Leistungsberechtigten des Bildungs- und Teilhabepaketes weitgehend überschneiden. Spezielle Bedürfnisse für Ferienfreizeitangebote, Familienleistungen usw. könnten im Köln-Pass ebenfalls digital und oben-dreieckig diskriminierungsfrei zusammengeführt werden, weil die konkreten Teilhabeprobleme

der Inhaber*innen für Dienstleister und Umstehende weniger sichtbar wären. Insbesondere für Kinder und Jugendliche, die ihre Rechte auf Teilhabe etwa auch bei privaten Anbietern, kulturellen Einrichtungen, Sportvereinen und außerschulischen Bildungsträgern wahrnehmen möchten, ließen sich dadurch Leistungen im Sinne eines erweiterten Sozialpasses zur Verfügung stellen. Die Stadt Stuttgart hat vor über zehn Jahren sogar schon ein Bezahlungssystem technisch in einen solchen Chipkartenpass integriert, mit dem Leistungsberechtigte einen jährlich neu aufladbaren festen Betrag erhielten, um damit bei teilnehmenden Leistungserbringern bezahlen zu können.

In Hamburg wurde das frühere Modell eines Sozialtickets, dessen Berechtigung beim Vorzeigen in einer Fahrkartenkontrolle noch separat nachgewiesen werden musste, in diesem Jahr abgeschafft. Leistungsberechtigte Hamburger*innen müssen ihren Bedarf nur einmal vorweisen und erhalten dann ein vergünstigtes „normales“ Ticket. In einem digitalisierten Köln-Pass ließe sich dieses Prinzip ebenfalls umsetzen: etwa, indem ganz normale Monats- und Zeitkarten und auch Schülertickets digital gebucht werden können, die jedoch für diesen spezifischen Nutzer*innenkreis zu vergünstigten Preisen zu erwerben sind. Der Köln-Pass wäre dann die digital vorliegende Berechtigung für einen Rabatt in den regulären Buchungssystemen bzw. der App des Verkehrsverbundes. Dies würde Fahrkartenkontrollen im öffentlichen Verkehr zu einem weniger stigmatisierenden Erlebnis machen.

Nach wie vor stellt auch die teils lange Bearbeitungszeit bei der Beantragung des Köln-Passes ein Ärgernis für Nutzer*innen dar. Eine digitale Lösung für den Köln-Pass würde auch die nachträgliche Änderung durch veränderte Berechtigungslagen ungemein vereinfachen. Als auf einem Endgerät anzeigbarer Pass könnten Nutzende ihre aktuellen Berechtigungen auslesen und auf auslaufende Berechtigungen oder nachzureichende Dokumente hingewiesen werden. So würden bestimmte bürokratische Aufwände verkürzt oder entfallen und das Problem mit der Bearbeitungsdauer gemindert.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer